Nr. 245 XXVII. Jahrgang

Dienstag, 9. September 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 19 5 20, 19 6 38, 19 6 97, 17 1 00. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 34 mm breite Nonpareillezeile kostet 75 Pf., die 70 mm breite Reklamezeile M. 3.50, mit Platzvorschrift M. 4.— für Ämter- oder Kunden 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen 25 % Sonderaufschlag. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Anfage und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei jeder Zustellung durch Boten M. 1.70, vierteljährlich M. 5.10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1.70, vierteljährl. M. 5.10
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.85, „ „ 5.55
Postbezug im Auslande u. Einzugung in den Postämtern.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.00, nach dem Auslande M. 1.50.
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Pariser Beratung über die deutsche Note

In Abwesenheit des Frhrn. v. Lersner hat, wie aus Paris gemeldet wird, Legationsrat Schmidt die deutsche Antwortnote auf das Ultimatum der Entente wegen des Artikels 61 überreicht.

⊕ **Rotterdam**, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Londoner Blätter melden aus Paris vom Sonnabend, daß der Rat der Alliierten zur Prüfung der deutschen Antwortnote eine Unterkommission, bestehend aus je einem Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas, einsetzte, die bis Dienstag Bericht erstatten soll.

+ **Rotterdam**, 8. September. (Priv.-Tel.) Nach einem Pariser Bericht wird der Rat der Fünf heute über die deutsche Antwort beraten. Der Bericht fügt hinzu, der Rat werde unerbittlich bleiben und keine einzige Konzession machen. Es sei dem Rate klar, daß die Deutschen dem Text des Artikels eine doppelsinnige Erklärung zugrunde legen, um Deutsch-Oesterreich später doch noch einverleiben zu können.

⊕ **Genf**, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) „Homme libre" schreibt zum Friedensvertrag mit Oesterreich: Die Alliierten würden auch für später einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland nicht zugeben. Oesterreichs Verpflichtungen an die Entente würden mutmaßlich in 50 Jahren kaum abgetragen sein, auch dann nicht früher, wenn die Alliierten größte Milde und Nachsicht walten ließen.

⊕ **Genf**, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Eine Havas-Note bereitet auf ein neues Ultimatum der Entente an Deutschland vor.

Die von französischen Kreisen des Außenministers Pichon beeinflußten Pariser Blätter erklären die deutsche Note für unzureichend und behaupten, die Entente werde verlangen, daß der deutsche Reichsrat (?) unverzüglich einberufen werde, um ihrer Forderung vollkommen Rechnung zu tragen.

•

Die finanzielle Wiedergutmachung

In der Debatte der französischen Kammer über den Friedensvertrag erinnerte, der Agence Havas zufolge, der Finanzminister Klotz daran, daß Lloyd George sich am 11. Dezember dahin aussprach, es sei recht und billig, daß Deutschland die Kriegskosten auferlegt würden, wobei er hinzufügte, daß die Alliierten bis an die äußerste Grenze des für Deutschland Erträglichen gehen müßten. Klotz schätzte die Gesamtsumme der Kriegsausgaben auf etwas über tausend Milliarden, von denen zwei Drittel auf die Alliierten kämen. Der Frankreich zufallende Teil sei verhältnismäßig viel kleiner als der Englands und Amerikas. Der Minister erklärte, daß es unmöglich gewesen sei, die Entschädigungssumme in Bausch und Bogen festzulegen. Frankreich erhalte die Bezahlung und Wiedergutmachung der Schäden in der Form von Wiederherstellung und Lieferung von Arbeitskräften. Das System der Priorität sei bis auf die Zahlung in natura für Frankreich vorteilhaft. In der Geldentschädigung in Belgien die Priorität zugestanden worden.

Klotz erwähnte, daß Deutschland die verwüsteten Gebiete wieder instandsetzen müsse, und zählte die durch den Friedensvertrag Deutschland übertragenen Lasten auf, soweit sie sich auf Bezahlung in Waren, Schiffen, Kohlen usw. vor März 1921 beziehen. Diese würden vielleicht die durch den Friedensvertrag vorgesehenen 20 Milliarden überstehen. Der Minister wies mit Nachdruck auf die Wichtigkeit der Klauseln hin, die die Bezahlung der Schäden und der Pensionen an die Opfer und die Kriegsteilnehmer vorsehen, was einer Summe von zwanzig Milliarden gleichkomme, die an Frankreich allein zu zahlen sein würde. Deutschland werde insgesamt 375 Milliarden bezahlen und sich seiner Schuld in einem Zeitraum von 86 Jahren entledigen können. Während der beiden ersten Jahre werde es hundert Milliarden entrichten und nachher 18,5 Milliarden mit fünfprozentiger Verzinsung. Die von Deutschland an Frankreich zu zahlende Gesamtsumme werde sich nach 35 Jahren auf 488 Milliarden belaufen. Klotz zeigte die Vorzüge dieses Systems gegen dasjenige, das die Deutschen vorschlugen, als sie das Anerbieten machten, auf einmal 100 Milliarden zu zahlen.

Weiter gab der Redner viele Einzelheiten über die von der Wiedergutmachungskommission getroffenen Maßnahmen, um die Bezahlung der Jahresraten durch Deutschland sicherzustellen. „Wir werden", so erklärte er, „gegen Deutschland eine tatkräftige Politik führen. Immerhin werden wir ihm behilflich sein, seine Erzeugungsmittel zu entfalten, um ihm die Möglichkeit zu geben, seine Schuld abzutragen. Das geschieht jedoch in einem Maße, daß es nicht in eine bessere wirtschaftliche Lage versetzt wird als Frankreich selbst. Ausschließlich die Wiedergutmachungskommission wird mit Deutschland über die Abtragung der Schuld verhandeln. Wenn man mit den Verhandlungen, die das Ende des Kriegszustandes bezwecken, diejenigen hätte verbinden wollen, die noch mit den alliierten und assoziierten Regierungen zu führen sind, so wären wir mit dem Friedensvertrag noch zu keinem Schluß gekommen. Die Alliierten haben im April eine Finanzabteilung eingerichtet, deren Berichte dem Völkerbunde zugestellt wurde und die beauftragt war, einen Plan für die Organisation der gemeinsamen Uebernahme der Kriegskosten auszuarbeiten."

Unter dem Beifall der französischen Kammer erklärte Klotz, daß die Kraft des französischen Kredits feststehe. Man dürfe ihn jetzt nicht in ungerechter Weise verkleinern, sondern sich gegenüber den Alliierten auf den Standpunkt der Gleichberechtigung stellen und sich nicht in eine erniedrigende Lage begeben. Der Minister schloß mit dem Wunsche, daß die Kammer den Vertrag annehmen möge.

Schadenforderungen für die Zeppelinangriffe

⊕ **Genf**, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Stadt Paris hat ihre Schadenersatzforderung wegen der Zeppelinangriffe auf 6¾ Milliarden Franken festgesetzt.

•

Keine Milderungen

⊕ **Genf**, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Im französischen Kammerausschuß sagte Pichon am Freitag auf eine Anfrage Renaudels, ob in absehbarer Zeit Milderungen des Friedensvertrages zu erwarten seien, die Lloyd George beim Wohlverhalten Deutschlands im Mai indirekt angekündigt habe, der französischen Regierung sei nichts hiervon bekannt, daß die Alliierten über eine Aenderung der Verpflichtungen Deutschlands zu beraten beabsichtigten. Auf eine weitere Anfrage über die Besetzungsdauer der Rheingebiete wurde von Regierungsseite erwidert, daß für Frankreich nur der geschriebene Text des Friedensvertrages maßgebend sein würde.

•

400000 deutsche Arbeiter für Nordfrankreich

* **Berlin**, 8. September. Wie der „Vorwärts" hört, haben sich bereits gegen 400 000 deutsche Arbeiter zum Wiederaufbau Nordfrankreichs gemeldet.

•

Aus dem besetzten Gebiet

⊕ **Berlin**, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Noten der deutschen Regierung an die französische Regierung in Sachen der Vergewaltigung des Deutschtums in der Pfalz haben bisher eine Beantwortung durch die französische Regierung nicht gefunden. Auf Ersuchen der bayrischen Landesregierung wird ein neuer deutscher Vorbehalt nach Paris abgehen.

⊕ **Mannheim**, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Aus der Rheinpfalz sind in den beiden letzten Tagen wieder 28 Deutsche, darunter fünf Beamte, auf Befehl des französischen Militärbefehlshabers ausgewiesen worden. Die Truppenverstärkungen in der Pfalz betragen seit dem 20. August über eine Division.

⊕ **Rotterdam**, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Marschall Foch reist am Dienstag in das besetzte Gebiet.

w. **Mainz**, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) General Mangin hat die Mainzer „Volkszeitung" unter Vorzensur gestellt, weil sie Nachrichten über eine Versammlung von Dr. Dorten in der Eifel veröffentlicht habe, welche dem Franzosen nicht gefallen hat.

•

Eine Erklärung der Unabhängigen

w. **Wiesbaden**, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Die unabhängige sozialdemokratische Partei erklärt, daß sie mit dem Treiben einzelner Querköpfe nichts gemein habe und unweigerlich jeden aus der Partei ausschließe, der nachweislich eine Agitation für Dorten und die Rheinische Republik unterhält.

•

Die amerikanischen Besatzungstruppen

+ **Rotterdam**, 8. September. (Priv.-Tel.) Im Senat erklärte Senator Borah die Anwesenheit amerikanischer Besatzungstruppen in Europa für unwesentlich und verlangte die umgehende Rückberufung aller amerikanischen Truppen aus Europa und dem asiatischen Rußland sowie die unverzügliche Aufhebung der Blockade gegen Sowjet-Rußland.

•

Gegen die Ratifizierung

⊠ **Amsterdam**, 7. September. Das Preßbureau Radio meldet, daß die amerikanische nationale sozialistische Partei auf ihrem Konvent sich zu den Grundsätzen der russischen Sowjetrepublik sowie der internationalen sozialistischen Bewegung bekannt und gegen die Ratifikation des Friedensvertrages ausgesprochen hat.

Lansing gegen eine Bestrafung des Kaisers

Nach einer Meldung des Pressebureaus Radio aus Annapolis erklärte Staatssekretär Lansing in einer Rede über die Verhandlungen der Friedenskonferenz bezüglich des vorgeschlagenen gerichtlichen Verfahrens gegen den früheren deutschen Kaiser, er sei vom ersten Augenblick an ersichtlich gewesen, daß die Mitglieder der Kommission entschlossen waren, vor allen andern den Kaiser vor einen internationalen Gerichtshof zu ziehen. Drei Anklagen könnten gegen ihn erhoben werden, nämlich, daß er für den Krieg und für die Verletzung der belgisch-luxemburgischen Neutralität sowie für die flagranten Verletzungen der Kriegsgebräuche durch deutsche Streitkräfte verantwortlich sei. Die Kommission habe mit der Untersuchung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit begonnen, sei aber schließlich einstimmig zu dem Ergebnis gelangt, daß es nicht möglich sein würde, den Kaiser für den Ausbruch des Krieges oder für den Einmarsch in Belgien oder Luxemburg strafrechtlich zu verfolgen. Die Kommission habe zwar anerkannt, daß der Kaiser ein moralisches Verbrechen gegen die Menschheit begangen habe, habe sich aber gleichzeitig genötigt gesehen, zu erklären, daß es kein positives Gesetz gebe, durch das das Verhalten des Kaisers zu einem strafbaren Verbrechen gestempelt würde. Die Schuld des Kaisers sei nicht derart, daß sie von einem Gerichtshof festgestellt und bestraft werden könnte.

•

Uebersiedelung des ehemaligen Kronprinzen nach Baarn?

+ **Rotterdam**, 8. September. (Priv.-Tel.) Der frühere deutsche Kronprinz hat den holländischen Behörden zu verstehen gegeben, daß ihm der Winter auf Wieringen zu kalt sei und er gern in einem andern Orte untergebracht sein möchte. Es sind daraufhin Unterhandlungen über die Mietung eines Hauses in Baarn angeknüpft worden. Baarn liegt in der Nähe von Amsterdam.

Die Eiserne Division fügt sich

⊕ **Berlin**, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Nach hier vorliegenden zuverlässigen Nachrichten hat sich der größte Teil der Truppen in Kurland bereit erklärt, dem Befehl der Reichsregierung auf Räumung Kurlands Folge zu leisten. Mit dem Abtransport der Truppen ist bereits für die nächste Woche zu rechnen.

Die Kämpfe gegen Sowjet-Rußland

Die militärischen Berichte der Alliierten aus Rußland melden neue Erfolge gegen die Sowjet-Truppen. Nach einer Meldung der „Morning Post" vom Sonntag früh ist Dünaburg von den Litauern eingenommen worden. Auch bei Dwinsk sollen die Bolschewisten im schnellen Rückzuge sein.

Von der Südfront melden die Ukrainer, daß die ukrainischen Truppen Kijew vollständig von Bolschewisten gesäubert haben und auf der Verfolgung 50 Werst über Kijew nach Norden längs des Dnjepr vorgedrungen sind. Auch im Raume von Nowgorod-Wolynski haben ukrainische Truppen die Bolschewisten angegriffen und zum fluchtartigen Rückzuge gezwungen.

Unentschiedene Lage in Ungarn

Der ungarische Handelsminister Franz Heinrich hat die Unmöglichkeit eingesehen, ein Ministerium zu bilden. Nach einer Meldung des Ungar. Tel.-Korr.-Bureaus teilte er in dem Ministerrat am Sonnabend mit, daß er sich mit der Neubildung des Kabinetts nicht weiter befassen werde. Er verständigte hiervon die Budapester interalliierte Mission in einer Note, in der er erklärt, daß die öffentliche Meinung des Landes immer stärker und einheitlicher zugunsten der gegenwärtigen Regierung Stellung genommen habe, so daß er einen Erfolg seines Unternehmens für ausgeschlossen halte. Ministerpräsident Friedrich erklärte einem Mitarbeiter des Ungar. Tel.-Korr-Bureaus, er habe mit Bedauern erfahren, daß seine Erklärung, daß das seit tausend Jahren christlichen Ungarn auch in Zukunft christlich sein werde, irrtümlich in antisemitischem Sinne ausgelegt worden sei. Der Ministerpräsident fügte hinzu, er verurteile alle Gewalttätigkeiten, die bedauerlicherweise in Verbindung mit der Verfolgung der Bolschewisten besonders in Transdanubien vorgekommen seien, und habe die strengste Verfolgung aller Schuldigen angeordnet. Gewalttätigkeiten erschwerten, ja verhinderten geradezu die einheitliche Arbeit zum Ausbau des zukünftigen Ungarn.

Die Verfolgung der Kommunisten

durch die Behörden hat zur Einleitung von Strafverfahren geführt:

⊠ **Budapest**, 7. September. Nach einer Meldung des Ungar. Telegr.-Korresp.-Bureaus gelangt in der Strafsache gegen die Terroristen zuerst die Anklage gegen die Kommandanten der berüchtigten terroristischen Truppen Kohn—Kereles, Kovacs und Czerny zur Hauptverhandlung. Sämtlichen Angeklagten werden mehrfacher Mord und andere schwere Verbrechen zur Last gelegt. Um Auslieferung des in Deutsch-Oesterreich internierten Bela Kun und Genossen wurde die deutsch-österreichische Regierung bereits ordnungsgemäß ersucht. In Budapest und Umgebung sind über 3500 Beschuldigte in Haft. — Das Professorenkollegium der Budapester Universität ernannte einen Disziplinarausschuß, der feststellen soll, welche Professoren sich während der Proletariatdiktatur nicht so benommen hätten, wie es ihre Pflicht als Lehrer an einer christlichen, nationalen Zielen dienenden Universität gewesen wäre, und deshalb an der Universität nicht weiter tätig sein könnten. Der Rektor erklärte, der Sachschaden, der der Universität durch Kommunisten verursacht wurde, betrage Millionen. Büchersammlungen, Möbeleinrichtungen und Maschinen seien zugrunde gerichtet und viele Gegenstände gestohlen worden.

In der Wohnung des früheren ungarischen Volksbeauftragten Szamuely in Budapest wurden, wie aus Berlin gemeldet wird, drei Kisten beschlagnahmt, in denen sich auf acht bis zehn Millionen geschätzte gestohlene Schmuckgegenstände und eine Million Kronen in österreichischen 200-Kronen-Noten befanden.

Die Note an Rumänien

Das Preßbureau Radio meldet, daß die Note, die der Sonderabgeordnete der Friedenskonferenz Sir George Clark der rumänischen Regierung übergeben wird, von Balfour stammt. Sie enthält die Erklärung, daß die Friedenskonferenz jederzeit glücklich gewesen sei, Rumänien einen treuen Freund nennen zu können, und drückt die Hoffnung aus, daß die rumänische Regierung sich nicht vom Block der Alliierten loslösen und Aufklärung über die Punkte geben werde, wegen deren die Schwierigkeiten entstanden seien. Die Alliierten ersuchen Rumänien, Ungarn zu räumen, die Requisitionen zu unterlassen und die bisher requirierten Gegenstände zur Verfügung der Alliierten zu stellen. Die rumänische Regierung wird auch aufgefordert, mit den Alliierten bei der Wiederherstellung der Ordnung in Ungarn zusammenzuwirken.

•

Rückzug aus Ungarn

+ **Wien**, 9. September. (Priv.-Tel.) Die „Sonn- und Montagszeitung" meldet aus Budapest, daß die rumänischen Truppen bereits in allerkürzester Zeit Ungarn verlassen und sich auf die Theiß-Linie zurückziehen werden. Die Rumänen werden lediglich ein Polizeiaufgebot im Lande zurücklassen. Die Beziehungen zwischen Rumänien und Ungarn seien die denkbar besten. Es könne mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß Rumänien und Ungarn eine wirtschaftliche Allianz schließen würden. Zu der Budapester politischen Lage meldet das Blatt, daß der Rücktritt Heinrichs von der Ministerpräsidentschaft in Budapester politischen Kreisen nicht überrascht hat.

Die Liquidierung der Isonzo-Katastrophe

Von unserm früheren römischen Mitarbeiter

Lugano, 4. September

Die Italiener sind die Ersten gewesen, die sich nicht gescheut haben, einen verlorenen Feldzug zum Gegenstand einer gründlichen Untersuchung zu machen und die Mitwelt über die Ursachen und den Verlauf eines für sie unrühmlichen Ereignisses vollkommen aufzuklären. Der Bericht der aus Militärs, Juristen und Politikern bestehenden Untersuchungskommission, dessen erster Band sowohl in einem sorgfältigen und reichhaltigen Auszuge veröffentlicht wird, muß als eine äußerst wertvolle Quelle für den künftigen Kriegsgeschichtsschreiber gelten, und das trotz der Kritik, die in der Parteipresse an ihm geübt wird; denn sie gerade zeigt, daß wohl gewisse Urteile der Kommission anfechtbar sein mögen, daß sie aber gründlich und gewissenhaft zu Werke gegangen, ohne Ansehen der Person verfahren und in der Feststellung der Tatsachen nur ganz geringfügigen Ausstellungen unterlegen ist. Es würde erfreulich sein, wenn in allen kriegführenden Ländern ähnliche Dokumente so schnell das Licht der Welt erblicken könnten.

Uns interessiert zunächst der an die Spitze gestellte Nachweis, daß die Italiener von dem feindlichen Offensivplan auffallend späte und unsichere Kunde erhalten haben. Ihre Heeresleitung glaubte noch im September 1917, daß es sich lediglich um österreichische Truppenbewegungen zur Abwehr einer vermuteten italienischen Offensive handle; auch die von desertierten Offizieren polnischer und rumänischer Nationalität herrührenden genauen Informationen erschütterten die Meinung nicht, daß ein Angriff im Abschnitt Tolmein nur lokale Bedeutung haben könne. Erst am 10. Oktober ergriff die Oberste Heeresleitung einige Maßnahmen, die andeuten, daß man mit einer feindlichen Offensive rechnete; die Ansichten über die Angemessenheit einer Gegenoffensive blieben geteilt, und die Verteidigungsmaßnahmen bei der 2. Armee, die die Front vom Rombon bis zum Frigido einnahm, waren noch ganz unzulänglich, als am 24. Oktober unversehens der Angriff erfolgte. Es war die 14. deutsche Armee, die in der Morgenfrühe dieses Tages nach einer ganz kurzen Artillerievorbereitung auf dem Abschnitt zwischen dem Rombon und dem Nordrand des Plateaus von Mainizza vorbrach und, vom Morgennebel begünstigt, namentlich im Flitscher Becken und am Tolmeiner Brückenkopf reißend schnelle Fortschritte machte. Schon am Mittag war die 12. deutsche Division im Besitze von Karfreit, das 4. italienische Korps bis auf die letzten Reserven flußabwärts geworfen. Der größte Teil der italienischen Streitkräfte hat nicht Zeit, vom linken auf das rechte Ufer des Isonzo zurückzugehen, und wird abgeschnitten; die Verteidigerfront hat den Fluß und den Feind im Rücken und hängt in der Luft, auch ohne Verbindung mit dem Hauptquartier und ohne Kenntnis von den Fortschritten des Feindes in den Nachbarabschnitten.

Die große, binnen wenigen Stunden in die Front gerissene Lücke ist nicht mehr auszufüllen und erzwingt den allgemeinen Rückzug, der nicht mehr allen Korps möglich ist. Noch vor sinkendem Tage muß Cadorna alle Reserven — deren Geringfügigkeit als Hauptursache der schweren Folgen des Durchbruches bezeichnet wird — in den Kampf werfen und die Organisierung der Verteidigung am Tagliamento anordnen. Am 26. Oktober müssen sich auch die Reste des 4. Korps, die auf dem linken Isonzo-Ufer geblieben sind, ergeben. Der italienische Rückzug wird allgemein; schon erhalten auch die in den Karnischen Alpen stehenden Korps Befehl, sich auf schnellen Rückzug in die Ebene vorzubereiten, falls der Vormarsch des Feindes am Fuße der Berge die Talausgänge zu sperren drohen werde. Am Abende des 26. haben die deutschen und österreichischen Vortruppen schon die Talausgänge gegen Cividale hin erreicht und bedrohen diese Stadt. Am Morgen des 27. muß Cadorna den allgemeinen Rückzug auf den Tagliamento und aus den Karnischen Alpen anordnen. Der Widerstand der 2. Isonzo-Armee wird gebrochen und am Mittag ist Cividale in den Händen des Angreifers, der 24 Stunden später auch Udine besetzt, was die Italiener nötigt, über den Tagliamento zurückzugehen.

Die Schilderung dieses Rückzuges nimmt dramatische Färbung an. Der Fluß ist von Regengüssen angeschwollen; die Brücken sind weggerissen; das Schlagen von neuen ist unmöglich. Auf den Zufahrtstraßen stauen sich die Truppen, die Geschütze, die Fuhrwerke; die Verwirrung wird erhöht durch die mit ihrer Habe flüchtende Bevölkerung. Rasch löst sich die Ordnung und Disziplin der Truppen, die nach den Ausdrücken des Berichtes zu einer Horde werden, Waffen und Abzeichen wegwerfen und aus Rand und Band geraten, durch die fehlende Verpflegung auch zu gewaltsamer Beraubung der Bewohnerschaft genötigt werden. Ueberall verlassenes Heeresgerät; Straßen und Felder weithin bedeckt mit Waffen, Gepäck, Uniformstücken, die viele mit Zivilkleidern vertauschen, um das Weite zu suchen. Haltung und Aeußerungen von Tausenden beweisen die seit langem geflüsterte moralische Zerrüttung der Armee, die nicht mehr kämpfen will.

In vier Heersäulen stoßen die Angreifer gegen den Tagliamento vor und am 1. November ist nach rascher Wegnahme der schwach verteidigten Brückenköpfe von Villa Santina, Venzone, Codroipo und Latisana das ganze linke Flußufer in ihrem Besitz. Am 5. November sind die Geschlagenen bis zur Livenza zurückgedrängt und am 9. haben sie auch den Piave zwischen sich und den Feind gelegt, nicht ohne vergebliche Versuche, die Talausgänge der Karnischen Alpen für die in Eilmärschen von dort zurückflutenden Truppen offenzuhalten. Am gleichen Tage wird der Generalissimus Cadorna, dem über zwei Jahre lang nur Weihrauch gestreut worden war, des Kommandos enthoben.

Als Ursachen des vollständigen Versagens seiner Heerführung bei der ersten wuchtigen feindlichen Offensive wird außer der glänzenden Strategie und schneidigen Taktik des Feindes die Erbitterung der Truppen über die fortwährenden nutzlosen Blutopfer und eine terroristische Disziplin sowie die Kriegsmüdigkeit des Heeres und des Landes und die zersetzende Wirkung einer sozialistischen und pazifistischen Propaganda angegeben. Doch sollen diese Seiten des Problems erst in einem zweiten und